vbw

Die bayerische Wirtschaft

Information

Herbstgutachten 2017 der Wirtschaftsforschungsinstitute

Stand: September 2017
www.vbw-bayern.de

Vorwort

Die gute Konjunktur für wachstumsfreundliche Weichenstellungen nutzen

Die Konjunktur in Deutschland läuft rund. So sehen das die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem aktuell vorgelegten Herbstgutachten. Um 1,9 Prozent wird ihrer Prognose nach die deutsche Wirtschaft im laufenden Jahr wachsen, in den beiden Folgejahren soll das Bruttoinlandsprodukt mit Raten von 2,0 und 1,8 Prozent mit ähnlichem Tempo zunehmen.

Erfreulich ist dabei, dass das Wachstum offenbar auf breitere Füße gestellt ist. Bislang kamen die Impulse vor allem von den privaten und auch staatlichen Konsumausgaben. Inzwischen sind die Institute zuversichtlich, dass auch die Investitionstätigkeit der Unternehmen anzieht. Ob dies tatsächlich so kommen wird, muss man angesichts der unverändert bestehenden geopolitischen Krisen und außenwirtschaftspolitischen Risiken abwarten.

Doch die Wirtschaftsforscher gießen auch Wasser in den Konjunkturwein. So prognostizieren sie nach wie vor ein recht schwaches Produktivitätswachstum von unter einem Prozent. Das sollten sich vor allem die Gewerkschaften vor Augen führen, die derzeit Tarifverhandlungen führen oder ihre Forderungen diskutieren.

Auch die künftige Bundesregierung sollte sich das Herbstgutachten aufmerksam durchlesen. Zu Recht monieren die Institute, dass die Wirtschaftspolitik in der abgelaufenen Legislaturperiode nicht wachstumsorientiert war. Sie fordern jetzt eine Entlastung bei Steuern und Abgaben sowie Reformen in den Sozialversicherungen, um diese demografiefest auszurichten.

Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand kommen nicht von alleine. Wir müssen dafür die richtigen Weichen stellen. Wann, wenn nicht jetzt im konjunkturellen Aufschwung?

Bertram Brossardt
29. September 2017

Inhalt

1 Die Lage der Weltwirtschaft 1

2 Die wirtschaftliche Lage in Deutschland 3

2.1 Außenhandel 3

2.2 Investitionen 4

2.3 Privater Konsum 4

2.4 Gesamtwirtschaftliche Produktion 5

2.5 Arbeitsmarkt 5

2.6 Mittelfristprojektion 6

3 Zur Wirtschaftspolitik 7

4 Prognose für Deutschland 9

Anhang 10

Ansprechpartner / Impressum 11

Hinweis

Zitate aus dieser Publikation sind unter Angabe der Quelle zulässig.

1 Die Lage der Weltwirtschaft

Aufschwung in den Industrieländern gibt auch Schwellenländern Impulse

Die Weltwirtschaft befindet sich nach Ansicht der Institute in einem Aufschwung. In den meisten Industrieländern steigt die Produktion schneller als das Trendwachstum, inzwischen ist die Normalauslastung der Kapazitäten erreicht, in manchen Ländern bereits übertroffen. Von diesem Aufschwung sowie dem Anstieg der Rohstoffpreise profitieren auch die Schwellenländer. Der globale Aufschwung wird sich nach Einschätzung der Forscher im Prognosezeitraum bis 2019 fortsetzen, wenn auch mit etwas geringerem Tempo. Er gewinnt jedoch an Breite, da er nicht nur konsumgetragen ist, sondern zunehmend auch die Investitionen wieder anziehen. Zwar bleiben die geopolitischen Risiken hoch und mit der Nordkorea-Krise kam ein weiteres hinzu. Dagegen sind die wirtschaftspolitischen Risiken etwas gesunken: Die protektionistischen Maßnahmen der US-Regierung werden wohl nur graduell umgesetzt, eine Destabilisierung der Eurozone scheint nach den Wahlniederlagen europakritischer Parteien in einigen EU-Ländern unwahrscheinlicher und beim Brexit deutet sich eine längere Übergangsphase an.

In den USA hat sich das Wachstumstempo erhöht. In der Grundtendenz wird sich dieser Aufschwung fortsetzen. Zwar dürfte der private Konsum etwas an Schwung verlieren, dafür sollte die Investitionstätigkeit hoch bleiben.

In China hat sich das Wachstumstempo dank finanzpolitischer Impulse wieder erhöht, der Zenit scheint aber überschritten zu sein. Die konjunkturelle Dynamik sollte sich im Prognosezeitraum langsam verringern.

Die lateinamerikanische Konjunktur erholt sich allmählich und profitiert vor allem von den wieder anziehenden Rohstoffpreisen. Allerdings ist die private Verschuldung in der Region spürbar gestiegen. Auch die russische Wirtschaft wächst u.a. dank des höheren Ölpreises wieder moderat.

Die britische Konjunktur wird von den Sorgen um die Folgen des Brexit gedämpft. Die Wirtschaft wird nur moderat wachsen, da sowohl Konsumenten als auch Investoren angesichts der großen Unsicherheit Zurückhaltung üben dürften. In den mittel- und osteuropäischen EU-Staaten bleibt das Wachstum robust. Zum Teil droht sogar eine Überhitzung, was zu dämpfenden Interventionen seitens der Politik führten könnte.

In der Eurozone hat die Konjunktur an Fahrt gewonnen. Der Aufschwung ist breit aufgestellt und hat praktisch alle Mitgliedsstaaten erfasst. Zwar sollten die geldpolitischen Impulse etwas nachlassen, die Finanzpolitik dürfte aber leicht expansiv bleiben. Somit ist nur eine leichte Tempoverringerung des konjunkturellen Aufschwungs zu erwarten.

Tabelle 1

Wirtschaftswachstum in der Welt *(kalenderbereinigte Werte)*

	2017	*2018*	*2019*
Deutschland	+2,2	+2,1	+1,8
Frankreich	+1,7	+1,8	+1,7
Italien	+1,5	+1,3	+1,1
Spanien	+3,1	+2,5	+2,1
Niederlande	+3,2	+2,2	+1,8
Belgien	+1,7	+1,7	+1,6
Österreich	+2,7	+2,4	+1,8
Irland	+4,4	+3,2	+2,8
Finnland	+2,8	+2,0	+1,6
Portugal	+2,6	+1,8	+1,5
Griechenland	+0,9	+2,0	+2,2
Slowakei	+3,1	+3,3	+3,2
Luxemburg	+3,3	+3,4	+3,4
Slowenien	+4,6	+3,0	+2,8
Litauen	+4,1	+3,6	+3,5
Lettland	+4,7	+4,0	+3,8
Estland	+4,8	+3,5	+3,1
Zypern	+3,4	+2,5	+2,4
Malta	+5,3	+3,6	+3,2
Euroraum	+2,2	+2,0	+1,8
Großbritannien	+1,6	+1,3	+1,4
Schweden	+3,1	+2,6	+2,3
Polen	+4,2	+3,2	+3,0
Dänemark	+2,4	+2,0	+1,9
Tschechien	+4,6	+3,3	+2,6
Rumänien	+5,5	+4,0	+3,6
Ungarn	+3,7	+3,1	+2,6
Bulgarien	+3,5	+3,0	+2,8
Kroatien	+2,7	+2,5	+2,5
EU-28	+2,3	+2,0	+1,8
Schweiz	+0,7	+2,2	+1,9
Norwegen	+2,0	+1,9	+1,9
USA	+2,1	+2,3	+1,9
Japan	+1,5	+1,2	+0,9
Südkorea	+2,8	+2,6	+2,6
Türkei	+4,5	+3,5	+3,4
Industrieländer gesamt	+2,1	+2,1	+1,8
Russland	+1,5	+1,7	+1,6
China	+6,7	+6,4	+6,0
Ostasien ohne China	+4,1	+4,0	+3,9
Indien	+6,3	+7,5	+7,3
Lateinamerika	+1,3	+2,1	+2,5
Schwellenländer gesamt	+5,0	+5,1	+4,5

2 Die wirtschaftliche Lage in Deutschland

Aufschwung gewinnt an Breite, verliert aber leicht an Tempo

Der Aufschwung der deutschen Wirtschaft hat sich beschleunigt und verfestigt. Im ersten Halbjahr 2017 haben sowohl der Konsum, die Investitionen als auch der Außenhandel zum Wachstum beigetragen. In einigen Segmenten der Wirtschaft machen sich bereits Zeichen einer Anspannung bemerkbar in Form von Arbeitskräfteengpässen und steigenden Preisen. Die Forschungsinstitute erwarten, dass sich der Aufschwung im Prognosezeitraum bis 2019 mit allenfalls leicht schwächerem Tempo fortsetzen wird.

Als Risiken für die die konjunkturelle Entwicklung nennen die Institute die anhaltenden geopolitischen sowie auch wirtschaftspolitischen Risiken, wenngleich diese zuletzt etwas abgenommen haben (vgl. Kapitel 1, Seite 1). Zudem sind die Wirkungen der inzwischen sehr lange anhaltenden extrem expansiven Geldpolitik schwer einzuschätzen.

Die aktuelle Prognose steht unter folgenden Annahmen:
– Der Rohölpreis (Brent) steigt von 52 US-Dollar pro Barrel im Jahresdurchschnitt 2017, auf 53 US-Dollar im Jahr 2018 und 54 US-Dollar im Jahr 2019;
– Der Welthandel wächst im laufenden Jahr um 4,2 Prozent, in den kommenden beiden Jahren schwächt sich die Zunahme auf 3,6 und 3,3 Prozent ab;
– Der Wechselkurs des Euro steigt von 1,12 US-Dollar im Jahresdurchschnitt 2017 auf 1,20 US-Dollar je Euro im Schnitt der beiden kommenden Jahre;
– Der Hauptrefinanzierungssatz der EZB bleibt bis Ende 2018 bei null Prozent und wird 2019 leicht auf 0,1 Prozent angehoben.

2.1 Außenhandel

Die deutschen Exporte erhalten vom Aufschwung der Weltwirtschaft Impulse, insbesondere von der guten Konjunktur im Euroraum. Leicht dämpfend wirkt dagegen die Aufwertung des Euro, wodurch sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Ausfuhren verschlechtert. Ebenso wie die globale Wachstumsdynamik im Prognosezeitraum etwas nachlässt, werden auch die deutschen Exporte leicht an Dynamik verlieren. Im Jahresdurchschnitt rechnen die Institute mit einem Exportwachstum um 3,7 Prozent im laufenden Jahr und um 4,4 bzw. 4,3 Prozent in den beiden Folgejahren. Die Importe werden jeweils etwas stärker zulegen, da sie von der anziehenden Investitionstätigkeit im Inland profitieren. Die Prognose der Institute liegt bei +4,5 Prozent für den Jahresdurchschnitt 2017 und bei +5,2 und +4,8 Prozent in den Jahren 2018 und 2019. Dennoch wird der Handelsbilanzüberschuss nach einem Rückgang im laufenden Jahr in den beiden Folgejahren wieder zulegen.

2.2 Investitionen

Die Investitionstätigkeit scheint zunehmend in Gang zu kommen, wenngleich die Dynamik früherer Perioden weiterhin nicht erreicht wird. Angesichts einer guten Unternehmensstimmung, einer hohen Kapazitätsauslastung sowie günstiger Finanzierungsbedingungen ist im Prognosezeitraum mit einer expansiven Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen zu rechnen. Im Jahresdurchschnitt 2017 ergibt sich wegen eines Basiseffekts nur ein rechnerisches Plus von 1,8 Prozent, für 2018 liegt die Prognose bei +4,3 und für 2019 bei +3,5 Prozent.

Auch die Bauinvestitionen bleiben aufwärts gerichtet. Vor dem Hintergrund niedriger Zinsen und der guten Arbeitsmarktlage dürften die Wohnungsbauinvestitionen deutlich ausgeweitet werden. Zwar gingen die Baugenehmigungen zuletzt etwas zurück, angesichts des großen Überhangs dürfte dies aber vorerst keine Auswirkungen haben. Zudem arbeiten viele Bauunternehmen inzwischen an der Kapazitätsgrenze. Dies spiegelt sich in steigenden Baupreisen nieder. Im Jahresdurchschnitt 2017 dürften die Wohnungsbauinvestitionen um 4,7 Prozent zulegen, im kommenden Jahr um 3,7 und im darauffolgenden Jahr um 3,1 Prozent. Die Dynamik im gewerblichen Bau wird etwas schwächer ausfallen. Allerdings sind die Baugenehmigungen hier zuletzt gestiegen. Im Tiefbau kommen vom Ausbau des Breitbandnetzes und dem Streckenausbau der Bahn positive Impulse. Die prognostizierten Wachstumsraten des Wirtschaftsbaus liegen bei +3,0 Prozent im Jahr 2017 und bei +1,3 und +2,1 Prozent in den Jahren 2018 und 2019. Der öffentliche Bau wird u.a. durch die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel für Investitionen in die kommunale Infrastruktur stimuliert. Zudem hat sich die Finanzlage vieler Kommunen verbessert. Die Institute erwarten im laufenden Jahr ein Plus von 3,0 Prozent und im kommenden Jahr von 1,8 Prozent. Für 2019 rechnen sie nur mit einem Plus von 0,9 Prozent, da dann viele kommunalen Investitionsprogramme auslaufen. Alles in allem sollten die Bauinvestitionen im Jahr 2017 um 4,1 Prozent steigen, in den beiden kommenden Jahren um 2,8 bzw. 2,6 Prozent.

2.3 Privater Konsum

Vom privaten Konsum gehen die Hauptimpulse für die Konjunktur in Deutschland aus. Dies wird nach Einschätzung der Institute im Prognosezeitraum so bleiben, wenngleich die Zuwachsraten etwas abnehmen dürften. Positiv wirken die gute Lage auf dem Arbeitsmarkt und eine günstige Lohnentwicklung. Die monetären Sozialleistungen werden ebenfalls steigen, vor allem in Form von Transferzahlungen im Rahmen der Flüchtlingsintegration und von höheren Altersrenten. Beides wird aber in den kommenden beiden Jahren weniger stark ausgeweitet als 2017. Von der Finanzpolitik sind keine Stimuli zu erwarten, da die Entlastung bei der Einkommensteuer weitgehend durch die Beitragssatzerhöhung in der Pflegeversicherung kompensiert wird. Die verfügbaren Einkommen werden den Instituts-Berechnungen zufolge im laufenden Jahr um 3,6 Prozent steigen, in den kommenden beiden Jahren um 3,4 und 3,3 Prozent.

Die Preissteigerung hat seit Jahresanfang merklich zugenommen. Dafür waren vor allem die Energie- und Rohstoffpreise sowie auch die Preise für importierte Nahrungsmittel verantwortlich. Im Prognosezeitraum werden nach Einschätzung der Forscher auch die weniger schwankungsanfälligen Preise anziehen. Darauf deuten die zuletzt gestiegenen Erzeugerpreise hin. Der Preisüberwälzungsspielraum für Unternehmen nimmt angesichts der guten Konjunktur zu. Die Institute rechnen mit einer Inflationsrate von 1,7 Prozent in diesem und im kommenden Jahr sowie mit 1,8 Prozent in 2019.

Somit nehmen die realen Einkommen in den Jahren 2017 bis 2019 um 1,9 Prozent, 1,8 Prozent und 1,5 Prozent zu. Bei einer weitgehend unveränderten Sparquote ist dann von einem Zuwachs des privaten Konsums um 1,8 Prozent im laufenden Jahr und um 1,7 bzw. 1,5 Prozent in den beiden Folgejahren auszugehen.

2.4 Gesamtwirtschaftliche Produktion

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg in den ersten beiden Quartalen 2017 um 0,7 und 0,6 Prozent. Für das dritte Quartal rechnen die Institute mit einer leichten Verlangsamung auf +0,5 Prozent, im Schlussquartal sollte das Plus dann wieder 0,6 Prozent betragen. Im Jahresdurchschnitt bedeutet dies einen BIP-Anstieg um 1,9 Prozent. Dabei wird das Wachstum noch gedämpft, da das laufende Jahr drei Arbeitstage weniger hat als 2016. Kalenderbereinigt würde das Plus sogar bei 2,2 Prozent liegen.

Für die Jahre 2018 und 2019 gehen die Forschungsinstitute von einem stabilen Wachstumspfad aus, der sich zum Ende des Prognosezeitraums leicht abschwächt. Die Quartalswachstumsraten werden bis 2019 bei 0,5 Prozent liegen, für das Schlussquartal 2019 gehen die Institute von +0,4 Prozent aus. Dies ergibt Jahreswachstumsraten von +2,0 Prozent im kommenden Jahr und von +1,8 Prozent im Jahr 2016. Kalendereffekte spielen hier keine Rolle.

2.5 Arbeitsmarkt

Der Beschäftigungsanstieg wird sich der Prognose zufolge fortsetzen, wobei die Dynamik etwas nachlassen wird. Im Jahresdurchschnitt 2017 wird die Zahl der Erwerbstätigen nochmals kräftig um 647.000 auf 44,285 Millionen zulegen. Im kommenden Jahr wird der Zuwachs bei 482.000 liegen, im Jahr 2019 bei 388.000. Getragen wird der Zuwachs weiterhin von der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Diese nimmt 2017 um jahresdurchschnittlich 741.000 zu, im kommenden Jahr um 560.000 und im übernächsten Jahr um 413.000. Dagegen geht die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten zurück, die Zahl der Selbstständigen bleibt weitgehend unverändert.

Parallel zum Beschäftigungsanstieg wird die Arbeitslosigkeit zurückgehen, allerdings in einem geringeren Ausmaß, da die Zahl der Erwerbspersonen zunimmt. Dabei wird die Zuwanderung aus anderen EU-Staaten weniger stark steigen, wofür die anziehende Konjunktur in diesen Ländern verantwortlich ist. Im Gegenzug werden aber zunehmend anerkannte Flüchtlinge auf den Arbeitsmarkt treten. Der Prognose zufolge wird die Zahl

der Arbeitslosen von 2,541 Millionen im Jahresdurchschnitt 2017 auf 2,460 Millionen im kommenden Jahr und auf 2,380 Millionen im Jahr 2016 zurückgehen. Dies entspricht Arbeitslosenquoten von 5,7, 5,5 bzw. 5,2 Prozent.

2.6 Mittelfristprojektion

Das Produktionspotenzial in Deutschland wird nach den Berechnungen der Forschungsinstitute bis zum Jahr 2022 um jahresdurchschnittlich 1,6 Prozent zunehmen. Damit fällt die Zuwachsrate um knapp 0,1 Punkte höher aus als nach den Schätzungen der Gutachten vom Herbst 2016 und vom Frühjahr 2017. Das potenzielle Arbeitsvolumen wird um 0,3 Prozent p.a. zunehmen. Dabei nimmt der Zuwachs im Zeitablauf ab, für das Jahr 2022 wird ein Rückgang des gesamten Arbeitsvolumens erwartet. Hinter dieser Entwicklung steht eine bis 2021 steigende Partizipationsrate sowie eine bis 2020 rückläufige Arbeitslosenquote. Die Zahl der Erwerbspersonen nimmt nur noch im laufenden Jahr dank der Zuwanderung zu. Negativ wirkt durchgängig die Pro-Kopf-Arbeitszeit. Die Produktivität wird den Instituten zufolge um jährlich 0,9 Prozent steigen. Die Wachstumsrate des Kapitalstocks wird auf Basis der Daten von 2016 auf 1,4 Prozent p.a. fortgeschrieben.

Das tatsächliche Wachstum in Deutschland wird nach Einschätzung der Institute ebenfalls bei durchschnittlich 1,6 Prozent pro Jahr liegen. Bis 2019 wird das tatsächliche Wachstum über dem Potenzialwachstum liegen, anschließend darunter. Getragen wird die Konjunktur weiterhin vom privaten Konsum, der aber im Verlauf des Projektionszeitraums an Dynamik verlieren dürfte, nicht zuletzt wegen eines verlangsamten Beschäftigungsanstiegs. Die öffentlichen Konsumausgaben werden der Projektion zufolge mit stabilem Tempo ausgeweitet. Spürbare Impulse kommen auch von den Bauinvestitionen, die nicht zuletzt von der Zuwanderung angeregt werden. Die Anlageinvestitionen dürften etwas an Schwung verlieren. Auch die Exporte sollten angesichts einer mittelfristig etwas langsameren wachsenden Weltwirtschaft im Laufe des Projektionszeitraums etwas verhaltener zunehmen.

Das geldpolitische Umfeld dürfte für Deutschland weiter expansiv sein, da die Institute erwarten, dass die EZB auch nach 2019 ihren Kurs nur sehr zögerlich strafft. Die Finanzpolitik in Deutschland wird mittelfristig neutral auf die Konjunktur wirken.

3 Zur Wirtschaftspolitik

Belastung durch Einkommensteuer und Sozialabgaben reduzieren

Die Wirtschaftsforschungsinstitute konstatieren, dass die Wirtschaftspolitik in der abgelaufenen Legislaturperiode wenig wachstumsorientiert war. Positiv zu werten sei, dass die Staatsverschuldung in Relation zum Bruttoinlandsprodukt dank der Konsolidierungspolitik zurückgeführt wurde. Die Regierung habe es aber versäumt, die sich dadurch ergebenden Spielräume für eine längerfristig ausgerichtete Politik der Wachstumsförderung zu nutzen.

Positiv gesehen wird bei der Bewertung der letzten Legislaturperiode die Ausweitung der Mittel zur Verbesserung der Infrastruktur. Zudem habe die mehrfache Erhöhung des Grund- und Kinderfreibetrags sowie der Eckwerte des Einkommensteuertarifs die sog. kalte Progression weitgehend ausgeglichen.

Kritisiert wird aber insbesondere die Rente mit 63. Zudem sei es abgabensystematisch falsch und zugleich wachstumshemmend, dass die Ausweitung der Mütterrente und die Angleichung der Ostrenten aus dem Beitragsaufkommen der Sozialversicherung statt aus dem Steueraufkommen finanziert werden. Auch der flächendeckende Mindestlohn habe wachstumsdämpfend gewirkt, wenngleich die kurzfristigen Beschäftigungsverluste sehr gering ausgefallen seien. Schließlich habe sich die Ausgabenstruktur des Staates nicht zugunsten investiver Ausgaben verschoben. Zwar sei der Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung gestiegen, gleichzeitig sei der Anteil der Ausgaben für das Bildungswesen gesunken.

Die Institute plädieren dafür, dass die künftige Bundesregierung die sich abzeichnenden strukturellen Haushaltsüberschüsse nutzt, um die ökonomischen Rahmenbedingungen zu verbessern. Dabei sollte vor allem die Einnahmenseite in den Blick genommen werden. Angesichts der hohen Belastung des Faktors Arbeit im internationalen Vergleich plädieren die Institute für eine nicht näher beschriebene Reform des Einkommensteuertarifs sowie die Abschaffung des Solidaritätszuschlags ab dem Jahr 2020. Um auch Bezieher niedriger Einkommen zu entlasten, sollten zudem die Sozialabgaben gesenkt werden. Spielraum sehen die Forscher hier beim Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung.

Auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung sehen die Institute Korrekturen im Bereich der Sozialversicherung als erforderlich an. Zum einen plädieren sie dafür, die Bundeszuschüsse zu erhöhen, da der Staat den Sozialversicherungen mehr und mehr versicherungsfremde Aufgaben übertragen habe. Außerdem müsse die Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren noch weiter erhöht werden. Und schließlich ist eine erfolgreiche Integrationspolitik sowie eine an den Arbeitsmarkterfordernissen ausgerichtete Zuwanderungspolitik notwendig, um die Folgen des demografischen Wandels zu mildern.

4 Prognose für Deutschland

Wichtige Eckdaten

Tabelle 2
Eckdaten der Prognose für Deutschland

Veränderung ggü. Vorjahr in Prozent				*2018*		*2019*	
preisbereinigt	2017	2018	2019	1. HJ	2. HJ	1. HJ	2. HJ
Bruttoinlandsprodukt	+1,9	+2,0	+1,8	+1,9	+2,1	+1,6	+2,0
Konsumausgaben der privaten Haushalte	+1,8	+1,7	+1,5	+1,8	+1,7	+1,4	+1,6
Konsumausgaben des Staates	+1,6	+1,7	+1,7	+1,7	+1,7	+1,6	+1,7
Ausrüstungsinvestitionen	+1,8	+4,3	+3,5	+3,7	+4,8	+3,2	+3,8
Bauten	+4,1	+2,8	+2,6	+2,6	+3,0	+2,3	+2,8
Sonstige Anlageinvestitionen	+3,9	+3,5	+3,2	+3,6	+3,3	+3,3	+3,2
Exporte	+3,7	+4,4	+4,3	+4,2	+4,6	+3,9	+4,7
Importe	+4,5	+5,2	+4,8	+5,3	+5,1	+4,6	+5,1
Exportüberschuss, nominal in Mrd. €	244,3	255,8	265,4	135,5	120,2	139,7	125,7
Verbraucherpreise	+1,7	+1,7	+1,8	-	-	-	-
Produktivität je Stunde	+0,8	+0,9	+0,9	+0,9	+0,9	+1,0	+0,8
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	-0,4	±0,0	±0,0	-0,1	+0,1	-0,4	+0,4
Unternehmens- u. Vermögenseinkommen	+2,1	+5,0	+3,6	+4,6	+5,4	+3,7	+3,5
Arbeitnehmerentgelt	+4,1	+4,0	+4,0	+4,2	+3,9	+3,6	+4,4
Bruttolöhne und -gehälter	+4,2	+4,2	+4,2	+4,4	+4,0	+3,7	+4,6
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	+2,5	+2,9	+3,2	+3,1	+2,8	+2,6	+3,7
Sparquote (in Prozent des Einkommens)	9,7	9,7	9,7	11,2	8,2	11,2	8,2
Erwerbstätige im Inland, in Tsd.	44.285	44.768	45.155				
Arbeitslose, in Tsd. (nationale Definition)	2.541	2.460	2.380				
Arbeitslosenquote aller inländischen Erwerbspersonen in Prozent	5,7	5,5	5,2				
Erwerbslose in Tsd. (Definition nach ILO)	1.632	1.539	1.442				
Erwerbslosenquote aller inländischen Erwerbspersonen in Prozent	3,6	3,3	3,1				

Anhang

Mitglieder der Projektgruppe:

- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
  www.diw.de

  in Kooperation mit:
  Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
  www.wifo.ac.at

- ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.
  www.ifo.de

  in Kooperation mit:
  KOF Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich
  www.kof.ethz.ch

- Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel
  www.ifw-kiel.de

- Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle
  www.iwh-halle.de

- RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung
  www.rwi-essen.de

  in Kooperation mit:
  Institut für Höhere Studien Wien
  www.ihs.ac.at

Ansprechpartner / Impressum

Volker Leinweber
Leiter Volkswirtschaft

Telefon 089-551 78-133
Telefax 089-551 78-294
volker.leinweber@vbw-bayern.de

Dr. Andreas Bastgen
Volkswirtschaft

Telefon 089-551 78-422
Telefax 089-551 78-294
andreas.bastgen@vbw-bayern.de

Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich grundsätzlich sowohl auf die weibliche als auch auf die männliche Form. Zur besseren Lesbarkeit wurde meist auf die zusätzliche Bezeichnung in weiblicher Form verzichtet.

Herausgeber

vbw
Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

www.vbw-bayern.de

© vbw September 2017